

**(Abg. Tasch)**

und ist tätig geworden. Ich habe auch schon gehört, dass die LEG und die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben haben und einen Leitfaden entwickeln werden. Dieser Leitfaden wird dann auch veröffentlicht werden.

Weiter fordern Sie, dass die Landesregierung sich dafür einsetzen soll, dass das Anbringen von Photovoltaik-Anlagen vom Bund gefördert werden soll. Da fragen wir uns: Was ist Sinn und Zweck einer solchen Förderung? Denn im EEG sind genügend Anreize und Förderinstrumente schon gegeben.

In Ihrem Punkt 3 sprechen Sie noch die Wirtschaft an. Da glaube ich, wenn es zu erwarten ist, dass das sich hier rechnet, da sehen wir auch Chancen für Investoren in der Wirtschaft für ein solches Projekt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag greift ein wichtiges Thema auf, doch die Problematik ist durch unser Ministerium bereits erkannt und es ist aktiv geworden. Ich will mich nicht wiederholen. Die Frau Staatssekretärin hat das hier alles ausgeführt, deshalb hat sich der Antrag der LINKEN für uns erledigt und wir können ihn dann auch ablehnen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Vielen Dank, liebe Kollegin Tasch. Das Wort hat jetzt Abgeordnete Schubert für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Tasch, Sie können ihn ablehnen, aber Sie müssen nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das ist meine freie Entscheidung.)

Sie haben mit Ihrem Beitrag Lärmbelästigung/Windkraft noch einmal dem Antrag eigentlich die richtige Richtung gegeben. Es geht meines Erachtens hier vor allem um Lärmschutz. Ich würde mal den Titel für mich umdrehen: Verbesserung des Lärmschutzes durch (zum Beispiel) Nutzung von Photovoltaik-Anlagen. Ich hatte eine Anfrage gestellt zu der Frage Lärmschutz Eisenach, Hörselbergumfahrung, also für die Gebiete, die jetzt durch den Autobahnlärm betroffen sind, und hatte in diesem Zusammenhang die Staatssekretärin gefragt, ob sie die Grenzwerte für ausreichend hält, und die Landesregierung bzw. Frau Dr. Eich-Born sagten, ja, sie halten sie für ausreichend. Ich war bei der Anhörung

zur PWC-Anlage, also zu einer Tank- und Rastanlage am Tümmelsberg, das ist diese Anlage bei Kraftsdorf, Sie haben es, glaube ich, gerade erwähnt, und da waren die DEGES und auch die Straßenbauverwaltung vertreten. Die haben ganz klar gesagt, die Grenzwerte, die wir in diesem Land haben, sind rein politischer Natur, alles andere würde zu viel kosten. Jetzt frage ich Sie: Können wir uns denn damit zufriedengeben, nicht einmal diesen Antrag weiter im Ausschuss zu beraten? Die Grenzwerte in diesem Land sind offensichtlich zu hoch. Die WHO, die Weltgesundheitsorganisation, empfiehlt für nachts nur 40 dB. Wir haben es im Moment aber mit 60 bis 65 dB - je nach Wohngebiet - zu tun. Lärm ist inzwischen eine der größten gesundheitlichen Beeinträchtigungen mit steigenden gesundheitlichen Problemen, Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen usw. Das muss ich alles nicht weiter ausführen. Insofern bedanke ich mich noch einmal bei den LINKEN für diesen wichtigen Antrag.

Sie hatten schon auf die Schwierigkeiten hingewiesen, dass mehr Lärmschutzwände mit Photovoltaik-Anlagen wahrscheinlich nur einen kleinen Teil dieser Probleme lösen werden. Insofern begrüße ich natürlich, dass die Landesregierung hier schon vorangeschritten ist und auch diesen Leitfaden bereits erstellt hat.

Es gibt immer mehr Menschen in diesem Land, die den Lärm nicht mehr so hinnehmen wollen. Hier verweise ich auf die 2. Autobahnkonferenz, die in Brandenburg stattgefunden hat im April dieses Jahres, in Ludwigsfelde. Dort waren 100 Vertreterinnen der Gemeinden, die an Autobahnen Anlieger sind, vertreten. Durchführender war die Interessengemeinschaft „Lärmschutz“ autobahnnaher Gemeinden. Einer der Sprecher dieser Interessengemeinschaft ist eben Gerd Pillau, der sich als Bürgermeister von Hermsdorf für mehr Lärmschutz einsetzt. Im Zusammenhang mit dieser Konferenz ist ein sehr interessantes Thesenpapier verabschiedet worden. Da sind mehrere Forderungen aufgemacht worden, zum einen ein stärkerer gesetzlicher Anspruch auf Lärmsanierung, verbindliche Auslöswerte für Lärmschutzmaßnahmen, wenn die Schwellenwerte erreicht sind, und - ein ganz wichtiger Punkt - Tempolimits an allen Autobahnen, die sich im Bereich von Siedlungen befinden, nämlich 120 km/h tags und 100 km/h für Pkws nachts und für Lkws 60 km/h.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die Landesregierung möchte ich doch fragen, wie sie sich zu diesem Thesenpapier verhält. Wenn nicht jetzt, werden wir das sicherlich im Ausschuss diskutieren. Frau Doht hat es auch gesagt, das ist eine Frage des Geldes. Es wäre wünschenswert, genau-

**(Abg. Schubert)**

so wie es wünschenswert wäre, dass Menschen in Ortsdurchfahrten vom Verkehr entlastet werden. Aber die Frage ist: Welche Ortsumgehungen sind sinnvoll und welche können wir uns leisten und welche kostengünstigen Maßnahmen gibt es, um den Lärmschutz zu verbessern? Und da ist Tempolimit nun einmal eine Maßnahme, die ist sehr kostengünstig und ist aber auch sehr effizient. Insofern rufe ich dazu auf, verstärkt über diese Maßnahmen nachzudenken auch im Bereich des Hermsdorfer Kreuzes. Der Minister für Infrastruktur in Brandenburg, Herr Vogelsänger, hat bei dieser Konferenz - nach dem Bericht, den ich gelesen habe - sehr ausführlich berichtet zu dem Projekt Photovoltaik-Anlagen, als einer der Punkte, die ich gerade angesprochen habe, was man für den Lärmschutz noch erreichen kann. Insofern beantrage ich im Namen meiner Fraktion, diesen Antrag im Bauausschuss weiter zu diskutieren.

Einen Punkt, den habe ich noch vergessen, den werde ich jetzt noch anfügen. Vielleicht haben Sie, liebe Fraktion der LINKEN, diesen ersten Punkt nicht ganz glücklich formuliert. Hier war ein bisschen gemutmaßt worden, was Sie damit meinten, wenn die Landesregierung sich beim Bund dafür einsetzen soll, dass das Anbringen von Photovoltaik-Anlagen an Lärmschutzwänden gefördert wird. Vielleicht muss man den Punkt noch einmal präzisieren. Wenn ich mir das Thesenpapier anschau, dann könnte man die Forderung ohne Weiteres übernehmen, dass wir natürlich auch ein größeres finanzielles Budget brauchen, um diese Lärmschutzmaßnahmen in den Bundesländern und in den Kommunen durchzusetzen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:**

Frau Schubert, gestatten Sie eine Nachfrage des Abgeordneten Krauß?

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Selbstverständlich.

**Abgeordneter Krauß, CDU:**

Dann bedanke ich mich schon im Voraus. Frau Schubert, ist Ihnen bekannt, dass gerade am Hermsdorfer Kreuz in alle Richtungen schon Tempolimits bestehen?

(Beifall FDP)

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Dann reichen diese offensichtlich nicht. Ich glaube nicht, dass Herr Gerd Pillau mich falsch informiert

hat, dass diese Forderung nach wie vor besteht, vor allem für den Plan, von der A 4 zur A 9 eine weitere Brücke zu bauen. Wenn jetzt schon feststeht, dass dort ein entsprechendes Tempolimit eingeführt werden soll, umso besser. Als ich ihn besucht habe, war das offensichtlich nicht der Fall.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Auch da musst du eine Photovoltaik-Anlage hinbauen.)

**Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schubert. Das Wort hat jetzt Abgeordnete Lukin für die Fraktion DIE LINKE.

**Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, um vielleicht auf die Frage noch einmal konkreter zu antworten; sicherlich bestehen auf der Brücke am Hermsdorfer Kreuz Tempolimits, aber nicht in Richtung Eisenberg, dort wird 130 km/h gefahren und mehr und da fährt man direkt an Hermsdorf vorbei. Vielleicht das zur Präzisierung.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Tempo 100, da müssen Sie mal fahren.)

Auf der Brücke ja.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Nein, auch unter der Brücke.)

Ich will vorausschicken, dass wir mit unserem Antrag nicht den Anspruch auf Erfindung des Problems oder auf die Lösungsvorschläge erheben, sondern uns - das haben Sie auch in der Begründung mitlesen können - auf ein in der Nähe von Michendorf vorbereitetes und durchzuführendes Projekt beziehen. Ich will, Frau Staatssekretärin, noch eins mit vorausschicken: Standortfindung durch die LEG heißt noch nicht Durchführung von Modellprojekten. Ich denke, hier hätten wir für den Ausschuss doch noch zahlreiche Diskussionsmöglichkeiten. Es ist richtig ausgeführt und schon mehrfach gesagt worden, dass wir als Ausgangspunkt der Überlegung für den vorliegenden Antrag zahlreiche Beschwerden aus Anrainerkommunen an Thüringer Autobahnen über den mangelnden Lärmschutz für ihre Bürgerinnen und Bürger aufgenommen haben. Hier wird eine besonders große Lärmbelastung konstatiert vor allen Dingen durch zunehmende Lkw-Verkehre, aber auch durch den sich flächenmäßig und weiträumig ausbreitenden Schall. Ich will es in Bezug auf Hermsdorf noch einmal präzisieren, und zwar wird bereits jetzt eine Überschreitung der zulässigen Lärmpegel - nachts 49 und tagsüber 57 dB - konstatiert. Darüber hinaus wird prognostiziert, dass sich das heutige Verkehrsaufkommen von rund 50.000 Fahrzeugen bis zum Jahr 2020 auf rund 80.000 erhöhen wird und damit im